

FACT SHEET

LVR-Inklusionsamt

Inklusionsbetriebe

Inklusionsbetriebe – Unternehmen mit sozialem Auftrag

Inklusionsbetriebe sind Wirtschaftsunternehmen des **allgemeinen Arbeitsmarktes**, die neben ihrer regulären wirtschaftlichen Betätigung einen besonderen sozialen Auftrag haben. Dieser soziale Auftrag besteht in der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung und Qualifizierung von Menschen mit einer Schwerbehinderung, die aufgrund von Art und Schwere ihrer Behinderung oder aufgrund von Langzeitarbeitslosigkeit oder anderen vermittlungshemmenden Umständen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt besondere Unterstützung benötigen. Sie beschäftigen auf **30% bis 50%** der **Arbeitsplätze** besonders betroffene Menschen mit einer Schwerbehinderung.

Rechtliche Grundlagen

§§215-218 SGB IX; Empfehlung der BIH zur Förderung von Inklusionsbetrieben.

Aufgabe

Inklusionsbetriebe bieten Menschen mit einer Schwerbehinderung

- sozialversicherungspflichtige Beschäftigung mit tariflicher oder ortsüblicher Vergütung bzw. mindestens Entlohnung nach dem Mindestlohngesetz auf Arbeitsplätzen des allgemeinen Arbeitsmarktes,
- arbeitsbegleitende Betreuung,
- betriebliche Gesundheitsförderung,
- Möglichkeiten der beruflichen Weiterbildung sowie
- geeignete Maßnahmen zur Vorbereitung auf eine Beschäftigung in einem Inklusionsbetrieb (z.B. Praktika, Trainingsmaßnahmen).

Zielgruppe

Inklusionsbetriebe beschäftigen Menschen mit einer Schwerbehinderung, die aufgrund von Art und Schwere der Behinderung oder aufgrund von Langzeitarbeitslosigkeit

oder weiteren vermittlungshemmenden Umständen (z.B. Alter, mangelnde Qualifikation) und trotz Ausschöpfens aller Fördermöglichkeiten auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt besonders benachteiligt sind.

Dies sind insbesondere:

- Menschen mit einer schweren geistigen oder psychischen Behinderung oder mit einer schweren Körper-, Sinnes- oder Mehrfachbehinderung (§215 Abs. 2 Nr.1 SGB IX).
- Menschen mit einer Schwerbehinderung aus Werkstätten für behinderte Menschen oder psychiatrischen Einrichtungen zur Vorbereitung auf den allgemeinen Arbeitsmarkt (§215 Abs. 2 Nr. 2 SGB IX).
- Schulabgängerinnen und Schulabgänger mit einer Schwerbehinderung zur Vorbereitung auf den allgemeinen Arbeitsmarkt (§215 Abs.2 Nr.3 SGB IX).
- Menschen mit einer Schwerbehinderung, die langzeitarbeitslos im Sinne des §18 SGB III (§ 215 Abs.2 Nr.4 SGB IX).

Organisationsform

Inklusionsbetriebe können **drei** unterschiedliche **Organisationsformen** haben:

- Inklusionsunternehmen
- Inklusionsbetriebe
- Inklusionsabteilungen.

Eine Förderung ist möglich, wenn mindestens **drei Arbeitsplätze** für Personen der Zielgruppe des §215 SGB IX geschaffen werden.

Förderung im Überblick

Einmalige Zuschüsse:

Betriebswirtschaftliche Beratung
Investitionen

Laufende Zuschüsse:

Besonderer Aufwand
Beschäftigungssicherungszuschuss

Die Leistungen im Einzelnen

I. Einmalige Zuschüsse

1. Betriebswirtschaftliche Beratung

Inklusionsbetriebe und Antragsteller*innen können durch das LVR-Inklusionsamt eine betriebswirtschaftliche Beratung erhalten. Diese Beratung kann als Existenzgründungsberatung oder als laufende Beratung aus besonderem Anlass bewilligt werden.

2. Investitionen

Inklusionsbetriebe können Leistungen für Aufbau, Erweiterung, Modernisierung und Ausstattung erhalten (Investitionshilfen). Unter Aufbau und Erweiterung fällt die Förderung von Bau- und Sachinvestitionen, einschließlich Architektenleistungen, die dem Aufbau bzw. der Erweiterung des Inklusionsbetriebes dienen.

Förderfähig sind **maximal 80% der Gesamtinvestitionen**, 20% der investiven Kosten sind als Eigenanteil zu erbringen. Für Zuschüsse gelten folgende Richtwerte:

- pro neu geschaffenem Arbeitsplatz eines Menschen mit einer Schwerbehinderung können 80% der notwendigen Kosten, **höchstens aber 30.000 Euro** als Zuschuss gezahlt werden.
- im Einzelfall kann zur Sicherung eines bestehenden Arbeitsplatzes, z.B. bei Standortschließungen, ein Zuschuss von **höchstens 30.000 Euro** gezahlt werden, wenn der Arbeitsplatz damit an anderer Stelle im Unternehmen erhalten werden kann.

Die genannten Beträge sind Richtwerte. Die Höhe wird projektbezogen festgesetzt.

II. Laufende Zuschüsse

1. Besonderer Aufwand

Inklusionsbetriebe können auch finanzielle Mittel für den sogenannten besonderen Aufwand erhalten. Hierbei handelt es sich um einen über die typischen Kosten branchen- und größengleicher Unternehmen hinausgehenden Aufwand, der auf die Beschäftigung besonders betroffener Menschen mit einer Schwerbehinderung sowie auf die Verfolgung qualifizierender und rehabilitativer Ziele zurückzuführen ist und der die Wettbewerbsfähigkeit des Inklusionsbetriebes im Vergleich mit anderen Unternehmen beeinträchtigen kann. Die Abgeltung des besonderen Aufwandes erfolgt pauschaliert. Die Pauschale beträgt pro Beschäftigtem der Zielgruppe 300 Euro pro Monat sowie ab dem 55. Lebensjahr 500 Euro pro Monat.

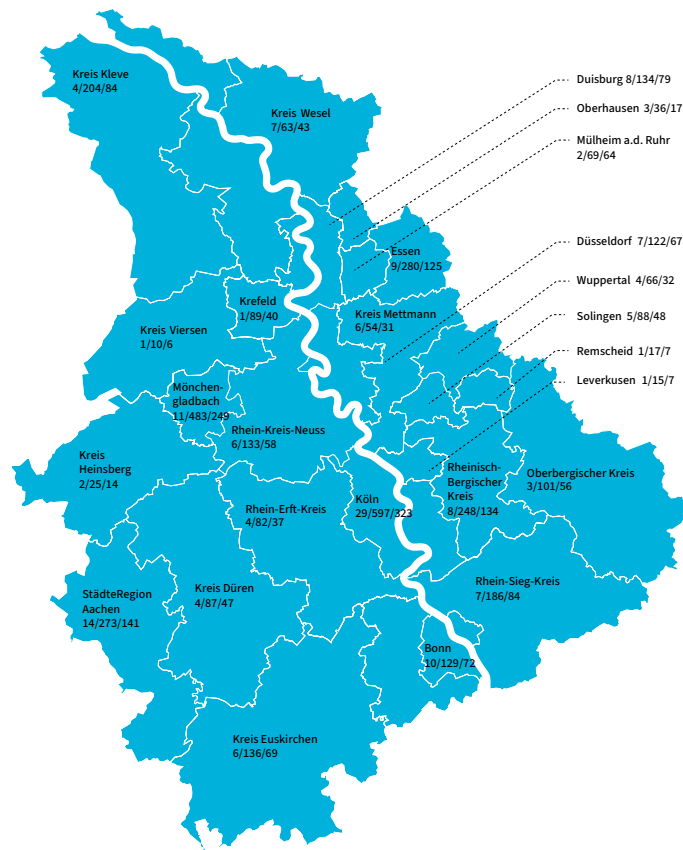
2. Beschäftigungssicherungszuschuss nach §27 SchwbAV

Bei den beschäftigten Menschen mit einer Schwerbehinderung der Zielgruppe wird unterstellt, dass deren Arbeitsleistung in der Regel unterhalb der Normalleistungen eines

vergleichbaren Menschen ohne Schwerbehinderung liegt. Als Ausgleich erhalten Inklusionsbetriebe für Personen der Zielgruppe eine entsprechende Pauschale (Beschäftigungssicherungszuschuss) in Höhe von 30% des Arbeitgeberbruttogehaltes nach vorherigem Abzug von Lohnkostenzuschüssen Dritter (sog. bereinigtes AG-Brutto).

Die folgende Grafik zeigt die regionale Verteilung der Inklusionsbetriebe im Rheinland.

Standorte der Inklusionsbetriebe in den LVR-Mitgliedskörperschaften.



In 2024 konnten insgesamt 87 (inklusive der Anerkennung von 4 Bestandsarbeitsplätzen) neue Arbeitsplätze für sbM der Zielgruppe in Inklusionsbetrieben bewilligt werden. Aufgrund von Betriebs-schließungen/ Wegfall der Fördervoraussetzungen ergibt sich insgesamt jedoch ein Rückgang von 9 förderfähigen Arbeitsplätzen.

Legende: Anzahl Inklusionsbetriebe/Anzahl Arbeitsplätze insgesamt/Anzahl der Arbeitsplätze für den Personenkreis des § 215 Abs. 2 SGB IX, Stand 31.12.2024

Kontakt

Klaus-Peter Rohde
Telefon: 0221 809-4366, E-Mail: klaus-peter.rohde@lvr.de

René Stenz
Telefon: 0221 809-4361, E-Mail: rene.stenz@lvr.de

LVR-Inklusionsamt

Deutzer Freiheit 77–79, 50679 Köln
Telefon: 0221 809-5300
www.inklusionsamt.lvr.de